



Konferenz zur Situation freischaffender Musikerinnen und Musiker ZOOM-Videokonferenz, Januar / Februar 2021

Zusammenfassung zentraler Handlungsvorschläge

Herbeiführung gesellschaftlicher Veränderungen

- Vernetzung, Ausbau des Dialogs aller Ebenen, Regelmäßiger Austausch von Politik, Verwaltung und Interessenvertretung
- Verstärkung des Engagements in Berufsverbänden und Gewerkschaften, bessere Zusammenarbeit der Verbände auf Landes- und Bundesebene
- Stärkung von Interessenvertretungen
- Vorbeugende verstärkte Information über Möglichkeiten der sozialen Absicherung, z.B. Zugang zur freiwilligen Arbeitslosenversicherung bis zu drei Monate nach Abschluss des Studiums, Zugang zur Künstlersozialkasse, usw.
- Verbindung von Förderung, Vernetzung und Professionalisierung
- Absicherung der Infrastruktur für künftige Krisen

Konkrete Umsetzungsforderungen

- Zusammenarbeit von Ländern und Bund bezüglich der Coronahilfen und sonstiger Hilfen, kein Hin- und Herschieben der politischen Verantwortung
- Anpassung der Neustarthilfe, 75 % der Ausfälle ersetzen, passgenauere Ausrichtung für Freischaffende
- Fiktiver Unternehmerlohn / Berücksichtigung von Lebenshaltungskosten bei Hilfsprogrammen für freischaffende Künstlerinnen und Künstler
- Vorbereitung von konkreten Förderinstrumenten „nach“ Corona / Wiederaufbauhilfen
- Evaluierung von Fördersystematiken, Evaluierung des Verhältnisses der Förderung von institutioneller Förderung und der Förderung freischaffender Künstlerinnen und Künstler
- Mehr Fördermittel für die Freie Szene (Künstlerinnen, Künstler und Spielstätten)

- Lösen der grundsätzlichen Probleme von Projektförderung mit Blick auf die soziale Absicherung von Künstlerinnen und Künstlern
- Schaffung verbindlicher spartenspezifischer Honoraruntergrenzen
- Verstärkung der individuellen Förderung (z.B. Förderung durch Recherche- und Arbeitsstipendien)
- Nachhaltige, strukturelle Spielstättenförderung
- Ergebnisoffene Debatte über das Bedingungslose Grundeinkommen
Vorbereitung auf freiberufliche Tätigkeit/unternehmerisches Handeln im Studium, in den anderen Ausbildungswegen/Fortbildungsmöglichkeiten, Professionalisierungsprogramme auf Landes- und Bundesebene für Freischaffende u.a. mit Blick auf unternehmerisches Handeln

Gesetzliche Verankerung

- Kultur als Pflichtaufgabe des Staates im Grundgesetz verankern
- Partizipative Entwicklung von Landeskulturförderungsgesetzen (Kultur als Pflichtaufgabe, rechtliche Grundlage z.B. für Beteiligung, Kulturförder- und Finanzierungsplan, Kulturelle Teilhabe)
- Ermöglichung des ständigen Zugangs zur freiwilligen Arbeitslosenversicherung
- Realisierung der Tatsache, dass die Grundsicherung für Freischaffende Künstlerinnen und Künstler aufgrund der damit verbundenen Einschränkungen nicht geeignet ist
- Evaluation vorhandener Förderprogramme in Bezug auf Systematik, Dauer und Art der Förderung
- Anpassung der Sozialsysteme und der Grundlagen des Sozialstaates
(temporäre) Anpassung von Regelungen der Künstlersozialkasse: Niemand darf aufgrund der aktuellen Situation seinen Versicherungsschutz verlieren (z.B. Zuverdienstgrenze bei selbständigem Nebenverdienst muss angepasst werden)